

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1589  
Groschasse Riesa Nr. 52

Nr. 138.

Montag, 16. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf., durch Post, 2 M. 25 Pf. für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe der Zeitung oder durch Zahlung der Zeitung oder durch Zahlung der Zeitung oder durch Zahlung der Zeitung. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungs-Einrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gochstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ulemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Auswirkungen des Dawes-Berichts.

von Berlin, 15. Juni 1924.  
Ueber das Sachverständigen-Gutachten und seine Auswirkungen für Wirtschaft, Industrie und Eisenbahnen veranfaltete am Freitag abend der Reichsbund Deutscher Technik im Innenministerium drei interessante Vorträge. Zunächst sprach Dr. Hoff über die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen des Sachverständigen-Gutachtens. Die Leiter der Industrie hielt er für tragbar, nachdem der Reichsverband der Deutschen Industrie selbst sich damit abgefunden habe, ebenso den Fiskus, nachdem der Reichsverband der Eisenbahnen sich dem angeschlossen habe. Mehr als zweifelhaft erschien es dagegen dem Redner, ob es gelingen werde, die 1 1/2 Milliarden auszubringen, die aus dem allgemeinen Staatshaushalt bereitgestellt werden sollen. Man könne nur hoffen, daß es nicht möglich sein werde, derartige Zahlungen in ausländische Währungen zu konvertieren und daß alsdann bei Ueberschreitung der 5 Milliarden-Grenze die deutschen Leistungen herabgesetzt würden. Besonders bedenklich sei die finanzielle Lage des ausländischen „Agenten für Reparationszahlungen“ und die Umgestaltung der Reichsbahn aus einem gemeinnützigen zu einem Erwerbsunternehmen. Auf der anderen Seite stellte der Redner jedoch die wirtschaftliche und finanzielle Einheit des Reiches, die endgültige Stabilisierung der Währung und die Ueberwindung der Kreditkrise so hoch, daß er die Nachteile des Gutachtens in Kauf nehmen will. Letzten Endes würden die Rückwirkungen des Gutachtens auf die deutsche Wirtschaft von der Art seiner Ausführung abhängen. Nach dem Urteil der Sachverständigen selbst liege ja eine erhebliche Umwälzung im Interesse aller Parteien.  
Der zweite Redner des Abends, Dipl.-Ing. F. F. F. F., stellvertretender Leiter des Reichsverbandes Deutscher Maschinenbauanstalten, erklärte dann die speziellen Rückwirkungen auf die Industrie. Er betonte, daß auch der Reichsverband der deutschen Industrie das Gutachten nur als „Veränderungsgrundriss“ ansieht, daß er und schloß sich im wesentlichen den Ausführungen Dr. Hoff an. Er wünschte besondere Sicherungen dagegen, daß der fremde Agent die Disposition und Kreditpolitik der Reichsbahn durchkreuzt und daß die Uebernahme der Reparationszahlungen nicht zur Aufhebung der Bandelverpflichtung des Reiches führt. Besondere Bedenken hatte der Redner auch gegen die Umwandlung der Eisenbahn. Zum Schluß erwähnte er die üblen Nachwirkungen, die das ganze System des Gutachtens als Weltwirtschaftsnotwendigkeit haben müsse.

Als dritter Redner zeigte Ministerialdirektor S. H. H. vom Reichsverkehrsministerium, wie die Umgestaltung der deutschen Reichsbahn diese ihrer bisherigen großen Pflichten und Fürsorgemöglichkeiten beraubt, die sie weiten Gegenden Deutschlands und vielen Industrien zu Teil werden ließ. Aus dem großen Ausgleich und Förderer soll künftig ein lästiger Frachtkonkurrenzunternehmer werden. Besonders Wert legte er auf die im Gutachten vorgetragene Rückgabe der Bahnen an Rhein und Ruhr, die zwar nur ein Mittel der Betriebsflähe, aber ein Drittel der Gesamteinnahmen der deutschen Bahnen darstellen. Der Redner schilderte den Wiederaufbau der deutschen Bahnen nach dem Krieg, der ihm die optimistische Hoffnung gibt, daß die Eisenbahnen auch mit dem Gutachten fertig werden. Möglicherweise man dieses Gutachten nicht, weil dem Zustande im besetzten Gebiet ein Ende gemacht werden müsse, falls man nicht überhaupt die Abwendung wüßte.

## Einigung mit den Eisenbahnern.

von Berlin. In der Reichskasse fand am Sonnabend in Anwesenheit der zuständigen Ressortminister eine Aussprache zwischen dem Reichskassier und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sowie den Vertretern der Eisenbahnorganisationen statt.

Die Verhandlungen wurden von dem Reichskassier Dr. Marx geleitet und haben zu einem vollen Erfolg geführt, so daß der gefürchtete Eisenbahnstreik im letzten Augenblick vermieden werden konnte. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde folgendes

### Abkommen

getroffen:

Außer den ab 1. Juni 1924 bereits durch Verwaltungsanordnungen eingeführten Lohnrückstellungen werden noch folgende Verbesserungen zugestanden:

1. Die zurzeit für den 24-jährigen Arbeiter der Ortsklasse A festgesetzten Lohnsätze werden ab 1. Juni 1924 um fünf Prozent erhöht. Die übrigen Lohnsätze werden dementsprechend nach der bisherigen Staffelung berechnet. Soweit durch diese Neuregelung ein auffälliges Mißverhältnis gegenüber den Löhnen der vergleichbaren Industrie entstehen würde, sind die Ortslohnsätze entsprechend zu ändern.

2. Bei den Bahnmunterhaltungsarbeitern fällt ab 1. Juli d. J. die sechste Arbeitsklasse weg.

Voraussetzung für die Wirksamkeit dieser Zugabe ist eine Einigung über die noch schwebenden Streitpunkte aus dem Manteltarif. Die Verhandlungen über die Dienstverordnungen sollen im Laufe der nächsten Woche stattfinden.

## Die Ricoverträge bis 30. Juni verlängert.

von Düsseldorf, 15. Juni. Die heutigen Verhandlungen zwischen der Sachverständigenkommission und dem Reichsamt für die Eisenbahnen sind bis 5 Uhr nachmittags. Nachdem anfänglich keine Einigung zu erzielen war, konnte man sich nach einer längeren Pause auf folgende Formel

## Das Kabinett Herriot.

Als Kriegsminister — Rollet.

Paris, 15. Juni. Das Ministerium Herriot ist gebildet. Es setzt sich wie folgt zusammen:  
Vorsitz und Außenminister: Abg. Herriot (radikal),  
Justiz: Senator René Renaut (demokr. linke),  
Agricultur: General Rollet (demokr. linke),  
Marine: Abg. Duménil (radikal),  
Colonien: Abg. Daladier (radikal),  
Verkehr: Abg. Daladier,  
Finanzen: Senator Clementel (demokr. linke),  
Unterricht: Senator Francois Albert (demokr. linke),  
öffentliche Arbeiten: Senator Ventral (demokr. linke),  
Handel: Abg. Rahaldi (soz. Republik.),  
Arbeit: Justiz (Gobat) (radikal),  
Landwirtschaft: Abg. Luceille (radikal).  
Es sind ferner vier Unterstaatssekretäre eingesetzt worden, und zwar Pierre Robert für Post, Telegraphen- und Fernsprechwesen, von Meyer (radikal) für die Danbelsmarine, Laurent Cognac (soz. Rep.) für die Luftschiffahrt und de Moro Giaseri (soz. Rep.) für das technische Unterrichtsministerium.

Paris, 15. Juni. Die Ernennung der neuen Minister des Kabinetts Herriot wird heute vormittag im „Journal Officiel“ veröffentlicht. Das Kabinett setzt sich aus 14 Ministern und 4 Unterstaatssekretären zusammen. Es gehören ihm an vier Senatoren: Renaut, Clementel, Ventral, Francois Albert, sämtlich von der linken der demokratischen Linke. Zwei Mitglieder gehören zu den sozialistischen Republikanern: Rahaldi und Laurent Cognac, acht zu der radikalen Kammerfraktion: Herriot, Chaumont, Duménil, Luceille, Gobat, Daladier, Dalbiez und Meyer; drei Minister und Unterstaatssekretäre gehören der sozialistischen republikanischen Gruppe: Parrot, Raines, Priand; ein Sozialist: Pierre Robert und de Moro Giaseri. General Rollet ist das einzige Mitglied des Kabinetts, das nicht dem Parlament entnommen ist.

Turch die Ernennung des Kabinetts ist die Wahl von drei Vizepräsidenten und einem Sekretär der Kammer erforderlich. Der Senat wird nacheinander außer seinem Präsidenten auch noch einen Vizepräsidenten zu wählen haben, da Senator Renaut Vizepräsident des Senats ist.

### Herriot

#### am Grabe des „Unbekannten Soldaten“.

Paris, 15. Juni. Ministerpräsident Herriot hat gestern vormittag seine erste Regierungshandlung dadurch vollzogen, daß er in Begleitung des Kriegsministers und des Marine Ministers dem „Unbekannten Soldaten“ sein Grabmal weihte. Heute vormittag um 10 Uhr hat das Kabinett seine erste Sitzung ab, der nachmittags um 4 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat folgte, um die Regierungserklärung festzusetzen, mit der am Dienstag nachmittags um 3 Uhr die neue Regierung vor das Parlament treten wird.

#### Die Kammer Sitzung vom Sonnabend.

Paris, 15. Juni. Die Kammer hat Sonnabend nachmittags eine kurze Sitzung von nur fünf Minuten Dauer abgehalten. Als Kammerpräsident Raines den Saal betrat, wurde er von der gesamten Linken mit heftigem Beifall begrüßt. Während der Beifallsbekundungen rief ein Abgeordneter aus der Mitte: „Demission!“ Die Abgeordneten der Linken protestierten heftig und brachten nochmals lebend ihrem Präsidenten eine Kundgebung dar. Hierauf verlas er die Kammer am Dienstag nachmittags 3 Uhr.

#### Wie die französische Presse urteilt.

##### Sympathien für Rollet.

Paris, 15. Juni. Die Presse drückt im allgemeinen ihre Befriedigung darüber aus, daß Herriot die politische Krise so schnell beendet hat; im übrigen verhält sie sich abwartend, soweit sie nicht die Ernennung des Generals Rollet zum Kriegsminister besonders sympathisch begrüßt.

„Echo de Paris“ schreibt: Die Kandidaten für das Kabinett waren zahlreich, ungeduldig und anmaßend. Das

verständigen: Der am 15. Juni ablaufende Vertrag zwischen dem Reich und dem Ruhrgebiet wird unverändert bis zum 30. Juni verlängert.

Es wurde vereinbart, daß das nächste, vom 1. Juli ab abzuschließende Abkommen hinsichtlich der Kohlenpreise, der Höhe der Zu- und Abnahmemaßnahmen und der anderen Geldabgaben, rückwirkende Kraft vom 16. Juni ab erhalten kann.

#### Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Berlin, 16. Juni. Wie wir erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung, das Gesetz zum Schutze der Republik, dessen Bezeichnung der frühere Reichsjustizminister Dr. Gmünger vorgelegt hatte, nach wie vor aufrecht zu erhalten. In Uebereinstimmung mit der Reichsregierung wird der neue Leiter des Reichsjustizministeriums, Staatssekretär Joel, die Justizorgane anzuweisen, in politischen Straffällen nach wie vor die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik anzuwenden.

Anteil der Linken beginnt mit 14 Ministern und vier Unterstaatssekretären, kennzeichnet also, so sagt das Blatt ironisch hinzu, seinen lebhaften Wunsch, eine Politik der Sparsamkeit einzuleiten. Die Wahl des Kriegsministers ist ausgezeichnet. Von den jungen Ministern, die zur Regierung berufen wurden, läßt sich nichts sagen, bevor sie gehandelt haben. Eines aber kann behaupten, das ist die klare und feste Haltung, die der neue Ministerpräsident immer beobachtet hat, wenn es sich um unsere Politik gegenüber Deutschland handelte.

„Journale Industrielle“ hält es für ein gutes Anzeichen, daß Herriot gestern im Pariser Lokal der Messe von Lyon sein neues Ministerium gebildet hat. Darf man daraus schließen, so fragt das Wirtschaftsorgan, daß er sich auf den Boden der praktischen Realisierung stellen wolle? Was man von den neuen Ministern wüßte, erlaube es, ihnen Kredit bei der schwierigen Aufgabe, die sie durchzuführen hätten, zu gewähren.

„Le Rouvelle“ erklärt, seit Waldeck-Rousseau habe die französische Demokratie noch niemand mit einem solchen Vertrauen beehrt wie Herriot. Der Glaube an ihn sei so stark, daß man sich gestatten könne, einige Irrtümer der Methode zu verurteilen, für die offenbar gewisse radikale Herriot zu gewinnen suchte. Man finde in dem Kabinett neben Männern von großem Wert und aufrichtigen demokratischen Ansichten auch solche, die die „Farbeneinheit“ hielten. Das neue Ministerium enthalte Persönlichkeiten, die etwas sehr rasch den Weg nach Damaskus gefunden zu haben scheinen. Die Umstände erforderten vielleicht eine gewisse Nachsicht, aber Nachsicht bedeutet noch nicht Verzeihen. Es sei ein wenig leitend, an der Seite des Führers der republikanischen Gruppe Renauds zu entdecken, die sich ihre Spuren im Generalstab des Diktators Clemenceau verdient hätten.

„Quotidien“ führt aus, das neue Ministerium enthalte viele Reutlinge und junge Männer. Das Land erwarte von dem Ministerium, daß es die Versprechungen halte, die im Laufe der Wahlkampf gegeben worden seien, aber man dürfe nicht ungeduldig sein. Der Schaden, den der Nationale Block vier Jahre lang der Republik zugefügt habe, könne nicht im Handumdrehen wieder gutgemacht werden. Hierzu gebrauche man Zeit. Herriot müsse die notwendige Ruhe gelassen werden, mit England und Deutschland die Bedingungen der Räumung des Ruhrgebietes zu erörtern.

Das sozialistische „Peuple“ nennt die neue Regierung homogen und zur Aktion bereit. Seine erste Geite müsse auf Reparationen und Entlohnung ausgehen, d. h. die Amnestie bringen.

Die kommunistische „Humanité“ findet, daß die Kombination Herriot diejenigen nicht überraschen dürfte, die den Radikalismus vor dem Kriege an der Arbeit gesehen haben.

#### Rollet und Deutschland.

Paris, 15. Juni. Die Ernennung des Generals Rollet zum Kriegsminister erläuterte Ministerpräsident Herriot den Journalisten wie folgt: General Rollet hat mich aufgeklärt über das, was sich in Deutschland ereignet und was ich zum Teil schon gewußt habe. Er, der Deutschland gut kennt, hat den sehr starken Eindruck, daß es sich unter den gleichen Bedingungen wie Preußen nach 1806 wieder organisiert. Ich bin entschlossen, gegenüber der deutschen Demokratie eine liberale Politik zu treiben, aber es ist nötig, daß es im guten Glauben die Nationalisten verhinert, ihre Propaganda und ihre Organisation weiter zu betreiben. Es ist notwendig, das das jetzige System sich ändert. Wenn wir keine Befriedigung erlangen können, seien Sie überzeugt, daß wir viel schärfer gegenüber Deutschland sein werden, als andere. Wir werden es sein, weil es sich darum handelt, den Frieden zu sichern, die Achtung vor unseren Rechten und die Entwicklung der demokratischen Bewegung. Deutschland muß wissen, daß wir liberal sind, daß wir uns aber nicht täuschen lassen. Die Teilnahme des Generals Rollet an der Regierung ist für die Nationalisten und alle Deutschen das sichtbarste Zeichen, daß wir ihnen nicht gestatten werden, uns zu täuschen und den Frieden zu kompromittieren.

#### Der Reichsarbeitsminister in Genf.

Genf, 15. Juni. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stattete am Sonnabend dem Internationalen Arbeitsamt einen Besuch ab, wo der Direktor des Amtes, Albert Hofmann begrüßte, ihm die einzelnen Sektionen vorstellte und die Hoffnung aus sprach, daß der Besuch das Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und dem Internationalen Arbeitsamt erleichterlicher gestalten würde. Minister Dr. Brauns wies in seiner Antwort auf die Bedeutung der Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes besonders bezüglich der Bestrebungen für Arbeiterschutz hin und äußerte auch seinerseits den Wunsch nach enger Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und dem Internationalen Arbeitsamt.

Im Anschluß an die Bestätigung des Internationalen Arbeitsamtes hat Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vor seiner Abreise auch dem Generalsekretär des Völkerverbundes einen Höflichkeitsbesuch abgestattet.